



Beschluss

Baden-Württemberg
Bayern
Berlin
Brandenburg
Bremen
Hamburg
Hessen
Mecklenburg-Vorpommern
Niedersachsen
Nordrhein-Westfalen
Rheinland-Pfalz
Saarland
Sachsen
Sachsen-Anhalt
Schleswig-Holstein
Thüringen

TOP II. 9. Messerangriffe

Berichterstattung: Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen

1. Die Justizministerinnen und Justizminister stellen fest, dass eine steigende Zahl an Straftaten, bei denen ein Messer gegen andere Menschen eingesetzt wird, von der Bevölkerung zu Recht als eine ernsthafte Bedrohung ihrer Sicherheit empfunden wird, der der Rechtsstaat mit Nachdruck begegnen muss.
2. Die Justizministerinnen und Justizminister bitten deshalb die Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz zu prüfen, inwieweit die Strafvorschriften für mittels eines Messers begangene Körperverletzungen zu reformieren sind, um für solche Taten eine angemessene Sanktionierung zu gewährleisten und ein klares rechtspolitisches Signal gegen diese Kriminalität zu setzen.